

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 105 – Juni 2013

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

WIR FORDERN : DEMOKRATISCHE MINDERHEITENERMITTLUNG

VfGH Präsident Gerhart Holzinger nannte den Beschluß zur Kärntner Ortstafellösung einen „Sieg für den Rechtsstaat“.

Nein Herr Präsident, das ist kein „Sieg für den Rechtsstaat“, das ist ein Pfusch, und Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler und seine FPK haben für diesen Pfusch bei der Kärntner Landtagswahl die Rechnung präsentiert bekommen. Der Absturz in der Wählergunst um 27,78 % (oder 105.292 Stimmen) war die deutliche Antwort der Kärntner auf Dörflers „Ortstafellösung“.

Dank des unermüdlichen Einsatzes von Nationalrat Dr. Johannes Gradenegger (SPÖ) gegen Zwangszuordnung von Volksgruppen liegen uns die Prüfberichte von Europarat und UNO vor.

Der Bericht des UN-Komitees zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (UNCERD), Session August 2008, der „eine korrekte, demokratische Minderheitenermittlung, die Einhaltung der Selbstbestimmungs- und Bekenntnisrechte“ verlangt, sowie die Resolution des Europarats vom 11. Juli 2008, die fordert, das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten vollinhaltlich in innerstaatliches Recht umzusetzen“, sind offenkundig!

Dr. Gradenegger hat Bundeskanzler Faymann von den Erkenntnissen schriftlich unterrichtet, und dieser hat sich „für die wichtige Stellungnahme“ bedankt und versprochen, daß „die Forderungen des UN-Cerd und des Europarates natürlich berücksichtigt werden“, gehandelt hat er anders. Gemeinsam mit Staatssekretär Ostermayer und Präsident Fischer hat er bei Dörflers Ortstafelpfusch mitgemacht, obwohl in beiden Staatenberichten Österreich Rechts- und Vertragsbeugungen vorgehalten werden, die auch den Verfassungsgerichtshof betreffen.

In einem Schreiben bemerkte Dr. Gradenegger: „Als gelernter Österreicher weiß man, daß bei uns nicht Recht sein darf, was rechtens ist. So wird man Seminare, Konferenzen und Unterausschüsse anberaumen, um beide internationale Institutionen hinzuhalten. Sie werden sich dies auf Dauer nicht bieten lassen. Denn ‚Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht‘.“

Vielleicht nutzt ja jetzt die SPÖ die Chance, dem Rechtsstaat zum Durchbruch zu verhelfen?

**EINMAL IST DAS KÄRNTNERLAND
WIEDER FEST IN KÄRNTNER HAND!**

Konrad Windisch

VERFASSUNG MISSACHTET

Wohin die Herumwurschtleri in der Kärntner Minderheitenfrage führt, sieht man im Kärntner Landtag. Seit Vertreter der Slowenischen Minderheit über die Grünen in den Kärntner Landtag gelangt sind, versuchen sie sich über die Verfassung hinwegzusetzen. Diese sieht zwar einzig Deutsch als Staats- und Gesetzessprache vor, aber die Grüne Abgeordnete Zalka Kuchling hat diese Bestimmung mißachtet und sich auch der slowenischen Sprache bedient. Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) faselte was von „Respekt und Wertschätzung“ und daß das „kein generell grünes Licht sei“, aber schon hört man Sätze wie „Würde Kärnten eine Änderung wollen, müßte davor die Bundesverfassung novelliert werden“.

Dreimal dürfen Sie raten, wer in Kärnten gefragt werden wird, ob er eine Änderung will! Bis heute wurde ja nicht einmal nach dem Bekenntnis zur Volkszugehörigkeit gefragt.

ZITAT

Alexander Wendt (Redakteur im „Focus“): „Die Vertreter des Guten werfen ihren Gegnern nicht ihre Ansichten vor, sondern ihre Existenz. Als erstrebenswertes Ziel gilt nicht, jemanden politisch zu widerlegen und am Ende womöglich zur Aufgabe seiner Positionen zu bringen, sondern ihn für andere gut sichtbar und dauerhaft aus der Gemeinschaft auszuschließen.“

Freundschaft aufgekündigt

Der „Hohe Repräsentant“ Valentin (Zdravko) Inzko hat Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft angezeigt, weil Dörfler angeblich im April 2011 den Slowenenvetretern € 500.000.— geboten haben soll, wenn sie auf Slowenisch als Amtssprache in „schwierigen Gemeinden“ verzichten. Gleichzeitig mit der Anzeige hat Inzko einen Brief an Dörfler geschickt und ihm nach vielen öffentlich sichtbaren freundschaftlichen Begegnungen das Du-Wort entzogen – wie vor Jahren auch Jörg Haider.

ZITAT

Ingrid Thurnher: „Vieles in der Politik ist Show. Wir wollen, daß ihr das durchschaut.“

Die grüne Frontfrau spricht

Glawischnig: „Rot-Schwarz muß abgewählt werden“, „Rot-Schwarz-Grün kann ich mir gut vorstellen“, „Was auf jeden Fall verhindert werden muß, ist, daß die Freiheitlichen jemals wieder in eine Regierung kommen“, „Stronach ist für mich ein absolutes No-Go“. Auf die Frage, auf welches wichtige Ministerium sie bestehen würde - Umwelt, Finanz, Justiz: „Wir nehmen alles“.

Nur damit Sie sich auskennen, wo die Reise hinget.

ZU WENIG DEMOKRATIE

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Gerhart Holzinger, ist mit dem geplanten Demokratie-Paket unzufrieden und sagt: „Österreich braucht dringend einen Demokratisierungsschub“.

Amtliche Auskunft über die „Asylindustrie“

Offiziell sind in Österreich 20.407 „Flüchtlinge“ in staatlicher Grundversorgung. Die Kosten für die Asylanten setzen sich aus mehreren Komponenten zusammen. Neben dem Geld, das sie bar bekommen, bezahlt der Staat Sozialversicherung, die Wohnung, die Ernährung, die Anwaltskosten, diverse Unterstützungen usw., was insgesamt an die 3.000 Euro pro Kopf im Monat ausmacht. Das ergibt rund 60 Millionen Euro im Monat, also um die 720 Millionen Euro im Jahr. Diese „Flüchtlinge“ sind aber nur ein kleiner Teil der aus dem Ausland Zugezogenen, die vor allem vom österreichischen Staat leben. Der weitaus größere Teil arbeitet 6 Monate und erwirbt damit praktisch lebenslangen Anspruch auf die Grundversorgung und alle anderen Förderungen, Beihilfen usw.

Die grüne Abgeordnete Alev Korun stellte – aus nicht bekannten Gründen - eine Anfrage an die ÖVP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zum Thema „Förderungsexplosion beim ministeriumnahen Verein VMÖ“. Möglicherweise

wurde ja ein Verein gefördert, der der Frau Korun nicht genehm ist.

Herausgekommen ist jedenfalls eine detaillierte Auflistung über das profitable Asylgewerbe, das sich in den letzten Jahren in Österreich unter tatkräftiger Förderung des Bundesministeriums für Inneres etabliert hat. Die Liste der Förderungsempfänger 2012 ist sechs Seiten lang und offenbart ein rot-schwarz-grünes Netzwerk von Organisationen, die im Jahr 2012 nicht weniger als 11 Millionen Euro kassiert haben. Unter den Geldempfängern befinden sich: Caritas, Diakonie, Volkshilfe, NÖ Hilfswerk, Wiener Kinderfreunde, Rotes Kreuz, Österreichisches Jugendrotkreuz, Berufsförderungsinstitut Kärnten, Tirol und Wien, Magistrat der Stadt Wels, die Bundesanstalt Statistik Austria, Universität Wien, Donauuniversität Krems, der Österreichische Städtebund, das Wirtschaftsförderungsinstitut Oberösterreich, „european grouptheater“, das Österreichische Volksliedwerk sowie zahllose Integrationsvereine. Alle diese Subventionsempfänger betreiben Einwanderungshilfe.

NATO – Instrument amerikanischer Politik

Über den US- bzw. NATO-Einsatz im Kosovo stellte der jugoslawische Ex-Vizepremier und nachmalige Chef der „Serbischen Erneuerungsbewegung“, Vuk Draskovic, im Spiegel einige interessante Überlegungen an. Im wortlaut:

Draskovic: „Die NATO hat unserem Land in 36 Tagen mehr Unglück gebracht als Hitlers Armee in vierjähriger Okkupation.“

Spiegel: „Sie wollen doch wohl nicht die NATO mit Hitlers Wehrmacht in eins setzen?“

Draskovic: „Unser Volk stellt merkwürdige Gedankenspiele an. Wir erinnern uns an einige deutsche Generale und an den deutschen Feind, und wir begreifen, daß ein würdiger Feind immer ein halber Freund ist. Die Zahl der Opfer im Kampf gegen Hitler war natürlich größer als heute. Aber diese Serben fielen heldenhaft, wir sahen den Gegner vor Augen. Der jetzige Feind ist verlogen, erbärmlich, feige und im Vergleich zu dem deutschen Generalfeldmarschall Mackensen ein elender Wicht. Mackensen ließ sofort nach der Einnahme Belgrads ein Denkmal errichten mit der Inschrift: ‚Dem großen serbischen Feind.‘ Wer sind diese Feiglinge jetzt, die ein Land vom Himmel aus zerstören, ein Volk der kollektiven Rache unterziehen und es vernichten wollen?“

Artikel 7 mehr als erfüllt

Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) im Marburger Večer am 15. Mai 1985 : „In den verschiedenen Nationalitäten, die in Österreich leben, sehen wir eine wahre Bereicherung unseres Landes; nicht nur, daß wir alles getan haben, um den Art. 7 des Staatsvertrages zu erfüllen, sind wir in einigen Bereichen sogar noch weitergegangen.“

Fremdenfeindlichkeit im Altenheim

In Berlin „boomen“ Pflegedienste, die sich auf einzelne Migrantengruppen spezialisiert haben. Rußlanddeutsche pflegen Rußlanddeutsche, Türken pflegen Türken. Auch Safiye Ergün hat ihren eigenen Pflegedienst gegründet – ihre Kunden sind ausschließlich alte Türken und Türkinnen. Deutsche Mitarbeiter beschäftigt sie nicht. Welcher bettlägerige Muslim lasse sich schon von einer Deutschen waschen?

Österreichische Sparer brutal abgezockt

Ein Vergleich zwischen Zypern und Österreich führt zu einem verblüffenden Ergebnis. Wer in Zypern vor fünf Jahren, also zu Beginn der Finanzkrise, 10.000 Euro auf ein Sparbuch legte, hätte bis jetzt gut 30 Prozent Zinsen bekommen. Die Inflation betrug kumuliert 14 Prozent. Offiziell gibt es eine Kapitalertragssteuer (KESt) von zehn Prozent, aber ob die tatsächlich eingehoben wird, wissen die Götter. Jedenfalls: Das Guthaben dort ist real 11.170 Euro wert.

Und wie ist es einem Sparer in Österreich seit 2008 ergangen? Hier gab es kumuliert nur rund zehn Prozent Zinsen, von denen todsicher 25 Prozent KESt abgezogen wurden. Und schließlich ließ die rot-weiß-rote Inflation von zwölf Prozent das Ersparnis real weiter schrumpfen. Die ursprünglich 10.000 Euro wären heute somit real gerade noch 9.490 Euro wert – ein Verlust von fünf Prozent.

Von einem Volksaufstand wie in Zypern kann bei uns allerdings keine Rede sein. Der wahre Gag bei dieser Sache: Würde man dem zyprischen Sparer die zehn Prozent Zwangsabgabe auf Kapital und Zinsen einmalig abziehen, hätte er real immer noch mehr als der Österreicher, nämlich 9.890 Euro.

Vorahnung

Der deutsche Tornado-Pilot Jürgen sagte dem „Spiegel“ in Piacenza, wo die Kampfflieger der Bundeswehr auf ihren Einsatz warteten: „Schon die erste deutsche Rakete auf Bosnien werden Karadzics Serben propagandistisch ausschlachten. Selbst, wenn wir nur einen Heuhaufen treffen, wird es sofort heißen: Die Deutschen haben einen Kindergarten in die Luft gejagt.“

ZITAT

Johann Wolfgang Goethe: „Was euch nicht angehört, müsset ihr meiden! Was euch das Innre stört, dürft ihr nicht leiden!“

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Für Spenden aus EU-Ländern: PSK Kto. 7438558 BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558.

„Carinthischer Sommer“ entnazifiziert

Helmut Wobisch, der 1980 verstorbene Mitbegründer und Intendant des „Carinthischen Sommers“, hat jahrzehntelang diese Veranstaltung geprägt.

Der „Carinthische Sommer“ in Ossiach lockte tausende Besucher aus dem In- und Ausland nach Kärnten und wurde von Kulturreferenten aller Parteien mit Millionen subventioniert. Prominenz aus Wirtschaft, Politik und Kunst gab sich dort ein Stelldichein. Im Jahr 2009 überreichte Ex-Landeshauptmann Dörfler bei der Eröffnung des gesellschaftlichen Ereignisses Bundespräsident Heinz Fischer ein Paar Baby-Sportschuhe für dessen jüngstes Enkel. (Wie sich jetzt, nach Dörflers Abwahl, herausstellte, war das ein mit Steuergeld bezahltes Werbegeschenk, von denen es noch ganze Hallen voll gibt, und die zum Teil in China hergestellt worden sind.) Ossiach benannte Wobisch zu Ehren einen Weg und Villach und Steindorf eine Straße.

Heuer ist auf einmal alles anders. Irgendwer hat Wobischs „nationalsozialistische Vergangenheit entdeckt“ (die übrigens nie ein Geheimnis war) und von da an ging Schlag auf Schlag. Der „Carinthische Sommer“ strich alle Konzerte zu Ehren Wobischs aus seinem Programm, der „Professor-Wobisch-Weg“ in Ossiach wurde in „Stiftsweg“ umbenannt, und auf Steindorf und Villach wird Druck gemacht, dem Beispiel zu folgen.

Jetzt sollen aber die Betreiber der Entnazifizierung gefälligst zur Kasse gebeten werden. Die Kosten für die Umbenennung der Straßen – Änderung der Straßenschilder, Dokumente, Stadtpläne, Briefpapier etc. haben die zu übernehmen, die jetzt aus dieser „Entdeckung“ politisches Kleingeld schlagen wollen.

Er muß es ja wissen

Rolf Holub, der „grüne Hofnarr, der gern den Aufdecker gibt“, stellte in einem Interview in den Raum, Köfer (Team Stronach) verzichte nur deshalb auf einen Dienstwagen als Landesrat, um statt dessen Kilometergeld kassieren zu können.

Wie war denn das mit Holubs Kilometergeldabrechnung, damals, als er noch über keinen Dienstwagen verfügt hat? Mehrmals täglich hat er die Fahrten von seinem Wohnsitz am Wörthersee-Südufer nach Klagenfurt verrechnet und begründete dies so: „Das viele Pendeln muß ich einfach abrechnen. Das geht ins Geld.“ Er weiß genau, wovon er spricht.

Ersatz-Gemeinderat

Der Klagenfurter Gemeinderat zählt 45 Mandatäre und ebenso viele Ersatzmitglieder. Wir bezahlen also nicht nur 45 Gemeinderäte, sondern noch einmal so viele Ersatzgemeinderäte – wir haben's ja.

Der Bürgermeister von Klagenfurt, Christian Scheider (FPK), hat einen (Halb-)Bruder, Günther. Dieser kandidierte 2009 auf der freiheitlichen Liste auf Rang 53 mit sieben (!) Vorzugsstimmen. Er verschickt Fotos und Texte als „Gemeinderat Scheider“ und bei Veranstaltungen tritt er gerne und oft „in Vertretung des Bürgermeisters“ auf, obwohl er das eigentlich nicht darf, und auch der Chef der Gemeindeabteilung Franz Sturm sagt „laut Paragraf 75 darf er das nicht, denn die Vizebürgermeister haben den Bürgermeister im Fall seiner Verhinderung oder seines vorzeitigen Ausscheidens in der Reihenfolge ihrer Wahl zu vertreten“. Soweit so gut, der Mächtegern-Gemeinderat Scheider meint jedenfalls: „Ich gehe halt gerne zu Terminen, und sind wir uns ehrlich, Ersatzgemeinderat klingt ungeschickt.“ Na dann ...

ZITAT

Karl Julius Weber: „Der Stolze meidet gern diejenigen, welche höher stehen. Der Eitle drängt sich zu ihnen.“

Einmal ist es soweit

Einmal am Morgen
ekelt dich an,
nach deiner Zeitung
zu greifen.

Die Boten tragen
Spiegel ins Haus,
die blind sind,
von Lügen beschlagen.

Ungewaschne
Halbwahrheiten
setzen sich
an deinen Tisch.

Das Netz der Nachrichtenspinne
wickelt dich ein
mit ihren Fäden.

Das schreckliche
Einerlei der Gosse
vergiftet dir den
beginnenden Tag.

Doch einmal, bis
über Augen und Stirn,
ekelt dich an.

Dann sprich mit
den Freunden.
Macht euch bereit,
die falschen Spiegel
zu zerschlagen.

George Forestier

UNVERZEHLICHES VERBRECHEN

Winston Churchill in seinen Memoiren: „Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg war der Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welt-handelssystem herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mehr mitverdienen konnte.“

EU-Saatgutverordnung ist Todesstoß für unser Saatgut

Eine neue EU-Verordnung sieht für die Bewilligung alter Sorten Gebühren, Prüfungen und unmögliche Zulassungsverfahren vor. Die Saatgut-Weitergabe wird unmöglich, Seltenes stirbt aus! Selbst einer Bäuerin, die im Bekanntenkreis oder auf dem Markt ein paar Paradeiser-samen verschenkt, drohen Geldbußen.

Wo bleibt der Aufschrei der grünen Aufdecker?

ZITAT

Kurt Seinitz: „So weit ist es also schon gekommen: Deutsche Korrespondenten berichten aus Boston, Journalisten seien von den Behörden angehalten worden, den Islam-Faktor bei dem Terror nicht herauszustreichen, „um die Moslems nicht zu stigmatisieren“. Vielleicht wird man bald nur noch mit islamischer Erlaubnis zu Moslems Moslems sagen dürfen. Achtung: **Es gibt nicht nur Terror, es gibt auch Tugend-Terror.**“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

„Leid tut mir, daß wir nicht mehr gemacht haben“

antwortete Chaim Miller auf die Frage, ob ihm die Erschießungen von Nationalsozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg leid täten.

Der Zeitzeuge aus Israel berichtete österreichischen Schülern von „den Schrecken der Nazi-Zeit“. Die hatte seine Familie und er als Jugendlicher in Wien miterlebt. Zu der Zeit hieß er noch Alfred Müller, lebte in Ottakring und wollte Schlosser werden.

Eine wichtige Phase seines Lebens verschwie er den jungen Zuhörern aber: wie er nach seiner Flucht nach Palästina als Angehöriger der „Jüdischen Brigade“ in der britischen Armee nahe Tarvis stationiert wurde und mit anderen Juden hochrangige Nationalsozialisten in Kärnten, Osttirol und der Steiermark entführte und erschoss – nach Ende des Zweiten Weltkriegs! Da hieß er schon lang Chaim Miller.

Amnesty International und die Brutkastenlüge

Amnesty International kennt jeder – eine eingeführte Marke wie Tempo-Taschentücher. Eine Marke, die so vertraut ist, daß niemand mehr über sie nachdenkt. Im Jahr 2011 nahm allein Amnesty Deutschland insgesamt 14,5 Millionen Euro aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen, Geldbußen und anderen Zuwendungen ein. Spenden an Amnesty International sind steuerlich absetzbar, denn die Organisation ist ein sogenannter Gemeinnütziger Verein. Dabei stellt Amnesty in Wirklichkeit einen der spektakulärsten Mißbrauchsfälle der Gemeinnützigkeit dar, den es hierzulande bislang gegeben hat. Denn Amnesty ist alles andere als „gemeinnützig“ oder „selbstlos“, sondern eine Propaganda-Abteilung der USA und Großbritanniens, die indirekt Millionen Menschen auf dem Gewissen hat.

Am 2. August 1990 hatten Truppen Saddam Husseins Kuwait besetzt. Kurz darauf verbreitete die US-PR-Agentur Hull & Knowlton eine frei erfundene Lügengeschichte. Danach hätten irakische Soldaten in kuwaitischen Krankenhäusern angeblich Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Boden geworfen. Die Mär führte direkt zum Eintritt der USA in den Krieg gegen Irak – zur „Befreiung“ Kuwaits. Was keiner mehr weiß: Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügen-Partie. Am 19. Dezember 1990 veröffentlichte die Organisation einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait, in dem auch die Brutkastenlüge vorkam. Prompt wedelte im Fernsehen ausgerechnet einer der schlimmsten Kriegstreiber aller Zeiten mit dem Amnesty-Bericht herum: US-Präsident George Bush senior. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar 1991, stimmte der US-Kongreß für den Krieg gegen Irak.

ZITAT

Peter Esterhazy, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels: „Die eigenen Missetaten durch die deutschen Missetaten zu verdecken, ist eine europäische Gewohnheit. Der Haß gegen die Deutschen ist Europas Fundament in der Nachkriegszeit.“

Der verheimlichte Völkermord



Der Tod kommt im Irak, am Balkan und in Afghanistan auch noch Jahrzehnte nach den NATO- und US-Kriegseinsätzen auf grauenvolle Weise.

Die „Befreiung“ durch die USA und ihre Verbündeten brachte auch den Überlebenden den sicheren Tod und machte es für zukünftige Generationen unmöglich, überhaupt geboren zu werden. Medienberichte über „Golfkriegssyndrom“ und „Balkan-syndrom“ betrafen schwere Erkrankungen von dort stationierten Soldaten, das Massensterben

der einheimischen Bevölkerung wird bis heute verschwiegen. Grauenhafte Mißbildungen bei Neugeborenen und hohe Krebs- und Sterberate.

Die Verwendung atomarer Munition gehört zu den scheußlichsten Kriegsverbrechen und Verstößen gegen das Völkerrecht.

In den Kriegen gegen den Irak, am Balkan und gegen Afghanistan wurden insgesamt ca. 1,4 Millionen Uran-Geschoße eingesetzt. Da Uran eine Zerfallsdauer von 4,5 Milliarden Jahren hat, bleiben die tödlichen Uranoxid-Partikel auf ewig in der Nahrungskette und im Grundwasser.

In Afghanistan wurden allein in den ersten sechs Kriegsmonaten mehr als 6.600 lasergelenkte Bomben abgeworfen. Solche Brandsprengköpfe wurden auch 2006 von Israel im Krieg gegen den Libanon getestet. Dort gab es Berichte über Opfer mit extremen Verbrennungen und rätselhafte Todesfälle.

Die Hauptverantwortung für die Verwendung von Uranwaffen und alle ihre grausamen Folgen tragen die USA, Kanada und Großbritannien. Die teilnehmenden NATO-Soldaten wurden über die möglichen Folgen in völliger Unkenntnis gelassen. Diese Kriege waren offensichtlich gut vorbereitet, mit der wehrlosen Zivilbevölkerung als „Versuchskaninchen“.

US-Präsident Barack Obama hat gelogen, als er bei der Nobelpreisverleihung im November 2009 sagte, daß er Amerikas Verpflichtung bestätigt, sich an die Genfer Konventionen zu halten. In den letzten sechs Jahrzehnten haben die USA die Genfer Konventionen immer und immer wieder gebrochen und mit Füßen getreten – besonders in den letzten Jahren in Sachen Uranmunition.

Kinderhandel

Immer mehr Minderjährige werden von Schlepper-Organisationen unbegleitet nach Österreich geschleust, damit später Eltern und Geschwister im Sinne der „Familienzusammenführung“ nachkommen können. Von Jänner 2011 bis Dezember 2012, also binnen zwei Jahren, stieg die Zahl der Kinder und Jugendlichen ohne Familie im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen von 59 auf 357 Personen. Sogar 7 Babys unter einem Jahr wurden unbegleitet nach Österreich geschleust. Weitere 55 waren Kleinkinder unter 6 Jahren, 88 waren Schulkinder bis 14 Jahre und der Rest Jugendliche.



lesen Sie auch

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: www.afp-kommentare.at